

217 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. März 1969,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Haftungshöchstgrenzen  
des Reichshaftpflichtgesetzes erhöht werden

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
sollen die Höchstgrenzen für die Haftung der Betriebsinhaber  
von Elektrizität- und Gasanlagen, eines Steinbruches, einer  
Gräberei (Grube) oder einer Fabrik im Hinblick auf die ge-  
änderten Geldwertverhältnisse sowie in Anlehnung an das Eisen-  
bahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz entsprechend erhöht  
werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat die gegenständliche Vorlagen in seiner Sitzung vom 23. April  
1969 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem  
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß  
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der  
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. März  
1969, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Haftungshöchst-  
grenzen des Reichshaftpflichtgesetzes erhöht werden, wird kein  
Einspruch erhoben.

Wien, am 23. April 1969

G a m s j ä g e r  
Berichterstatte

M a y r h a u s e r  
Obmann